



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 16.10.2024 – Auszug aus Drucksache 19/3747 –

Frage Nummer 27

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Verena
Osgyan**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele antisemitische Vorfälle an Bayerischen Hochschulen sind ihr seit dem 07.10.2023 bekannt, welche Maßnahmen hat sie unternommen, um solche Vorfälle in Zukunft zu unterbinden, und wie schätzt sie die Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Vergleich antisemitischer Einstellungen an Hochschulen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hinsichtlich der Situation in Bayern ein?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) sind seit dem 07.10.2023 rund 30 Vorfälle bekannt geworden. Bei einigen dieser Vorfälle hat sich der Verdacht eines antisemitischen Hintergrunds oder eines Bezugs zur Hochschule im Ergebnis nicht bestätigt.

Um antisemitischen Vorfällen an den Hochschulen vorzubeugen, hat sich die gesamte bayerische Hochschulfamilie bereits zum 17.05.2024 mit einer gemeinsamen Resolution klar gegen Antisemitismus positioniert. Das Staatsministerium verfolgt darüber hinaus folgenden Fünf-Punkte-Plan:

1. Umfassende Bewusstseinsbildung: Ein Austausch mit jüdischen Studierenden und Lehrenden wurde nach dem 7. Oktober 2023 in mehreren Gesprächen mit dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) und dem Verband der jüdischen Studenten in Bayern (VJSB) gepflegt. Ein regelmäßiger Austausch findet darüber hinaus auf Ebene der Wissenschaftsministerkonferenz statt.
2. Klare Verantwortlichkeiten und feste Ansprechpartner: Beauftragte gegen Antisemitismus wurden an allen 33 staatlichen bayerischen Hochschulen benannt. Die Aufgabe kann grundsätzlich auch von einer Person übernommen werden, die bereits Ansprechperson der Hochschule gem. Art. 25 Abs. 1 oder Abs. 2 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) ist. Ein Vorschlag für eine Verankerung der Beauftragten im BayHIG befindet sich aktuell in Bearbeitung. Die neu ernannten Beauftragten gegen Antisemitismus an den staatlichen bayerischen Hochschulen wurden am 30. September 2024 zu einem Vernetzungstreffen in das StMWK eingeladen. Eine umfassende Schulungsmaßnahme für den südbayerischen Bereich wurde am 11. Oktober 2024 in München angeboten, eine weitere Schulungsmaßnahme für den Bereich Nordbayern steht an.
3. Verstärkte Bildung und Prävention: Ausbau von Lehre und Forschung zu Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen.

4. Konsequentes Hochschulordnungsrecht: Ein Vorschlag für notwendige Anpassungen des BayHIG befindet sich aktuell in Bearbeitung.
5. Schlagkräftiges Netzwerk: Eine Vernetzung von Hochschulen mit Ansprechpartnern gegen Antisemitismus bei Polizei, Justiz und Politik sowie Meldestellen wie beispielsweise RIAS findet im Rahmen der bereits angesprochenen Schulungsmaßnahmen statt.

Die Zahl der antisemitischen Vorfälle ist seit dem 07.10.2023 deutschlandweit gestiegen. Auch wenn es sich hier nicht um ein hochschulspezifisches Phänomen handelt, werden derartige Fälle auch an Hochschulen sichtbar. Die staatlichen bayerischen Hochschulen sind sich ihrer Verantwortung und ihrer Vorbildfunktion für eine kontroverse, sachliche und respektvolle Dialogkultur bewusst.